

Konzeption – Friedensethik in Schule, Gemeinde und Jugendarbeit **- ein Plädoyer für die gewaltfreie Konfliktbearbeitung -**

Präambel

Die vorliegende Konzeption ist Ergebnis einer – von der Synode eingesetzten – Arbeitsgruppe. 1)
Die Synode hält es für wünschenswert, dass der Diskurs über friedensethische Themen in unserer Gesellschaft in einer großen Breite geführt wird und reagiert auf die Situation, dass häufig Vertreter der Bundeswehr die einzigen Referenten in Schule und Jugendarbeit zu sicherheitspolitischen Themen sind.

Die Konzeption beschreibt die aktuellen friedenspädagogischen Herausforderungen aus der Sicht verschiedener Arbeitsfelder mit dem Ziel, die friedensethischen Akzente in Schule und Jugendarbeit zu stärken, Formen der zivilen, gewaltfreien Konfliktbearbeitung bekannt zu machen sowie für den interreligiösen Dialog und das transkulturelle Leben in der modernen Gesellschaft zu sensibilisieren. Anregungen der Friedensdenkschrift des Rates der EKD werden in der Konzeption aufgegriffen.

Gliederung

- A) Biblisch-theologische Vergewisserung und Traditionslinien
- B) Notwendigkeiten und aktuelle Herausforderungen
 - B1) Entwicklungen der letzten 20 Jahre in Deutschland, Europa und der Welt
 - B2) Zur Situation Jugendlicher heute
- C) Friedensethische Bildung in Schule und Jugendarbeit
 - C1) Kompetenzorientierung
 - C2) Themenfelder friedensethischer Bildungsarbeit
 - C3) Lernorte
 - C4) Akteure friedensethischer Bildungsarbeit
- D) Ziele, Inhalte und Grundsätze der Friedensbildung
- E) Empfehlungen und Handlungsoptionen
- F) Anhänge: - Materialliste
 - u.a. Unterrichtsmodule für Friedensethik in Schulen,
Materialien für die Arbeit mit Kindern und Konfirmanden und
ein Planspiel
 - Referentenpool
 - Lernorte der Region

A) biblisch-theologische Vergewisserung und Traditionslinien

Frieden ist ein Heilsgut und beschreibt das Ziel Gottes mit den Menschen. Frieden ist ein besonderes Kennzeichen der Beziehung zwischen Gott und den Menschen sowie der Menschen untereinander. Frieden ist kein politisches oder sozialetisches Thema, das zum Evangelium hinzutritt, sondern Wesensmerkmal des Evangeliums.

Das biblisch-theologische Friedenszeugnis hat eine mehrdimensionale Gestalt, die sich auch in den verschiedenen Inhalten der Friedenserziehung und Friedensbildung wiederfinden wird:

- gerechter Frieden – Schalom – als das umfassende Verständnis von Frieden;
- Frieden als Gottes Verheißung (Gen. 9; 8-17 / Micha 4);
- Frieden als Machtverzicht und als Überwindung von Gewalt (Abigail – 1. Samuel 25 + Jesu Gefangennahme Matth. 26; 47-56);
- Friede ist im Versöhnungshandeln Gottes ermöglicht: „Jesus Christus ...ist unser Friede“ (Epheser 2; 13 f.);
- den Frieden zu suchen, zu wahren und zu fördern ist Christen aufgegeben: „...suche Frieden und jage ihm nach“ (1. Petrus 3; 11);
- gewaltfreie Konfliktlösungsmechanismen haben Vorrang: „Selig sind die Frieden stiften, denn sie werden Kinder Gottes heißen“ (Matthäus 5; 9, 38-42);
- Gottes Frieden eröffnet eine andere Perspektive auf die Welt: „Der Friede Gottes, der höher ist als alle Vernunft“ (Phil. 4;7);
- das biblische Zeugnis nimmt die Realität der Gewalt wahr (Kain und Abel);
- Kirche als Ort des Friedens und des Machtverzichts (Markus 9;50);
- Menschenwürde als Ausdruck der Gottebenbildlichkeit realisiert sich in Menschenrechten und ist Voraussetzung und Ausdruck des Friedens. 2)

Im Selbstverständnis der Kirche ist das Interesse an der Friedensfrage biblisch begründet und hat stets politische Auswirkungen. Mit den Begriffen „Friedenszeugnis und Friedensdienst“ hatten die Kirchen in der DDR seit den 60er Jahren eine theologische Argumentationsfigur entwickelt, die die Arbeit am Thema Frieden eng mit dem biblischen Friedenszeugnis verknüpfte und sie damit der politischen Instrumentalisierung durch die DDR entzog.

Der Friedenserziehung wurde in den Kirchen in der DDR eine große Bedeutung beigemessen, an der die vorliegende Konzeption ebenso anknüpft, wie am weltweiten Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, der seine Wurzeln auch im Aufruf Bonhoeffers zu einem ökumenischen Friedenskonzil 1934 hat. In der Kirchenverfassung der EKM wird auf diesen Prozess Bezug genommen (Artikel 2;6).

Die 10. Ökumenische Vollversammlung des ÖRK im Herbst 2013 in Busan steht unter dem Motto „Gott des Lebens, weise uns den Weg zu Gerechtigkeit und Frieden“ und gibt den Dimensionen des „gerechten Friedens“ höchste Priorität. Das Leitbild des „gerechten Friedens“ findet sich ebenso in der Friedensdenkschrift des Rates der EKD aus dem Herbst 2007, die dazu auffordert, der zivile Konfliktbearbeitung Vorrang zu geben und die Friedensbildung zu stärken.

Zu den Aufgaben evangelischer Friedensarbeit gehört es, sich in die aktuelle friedenspolitische Diskussion auf dem Hintergrund christlicher Friedensethik einzubringen. Das gilt auch auf dem Feld der Friedensbildung bzw. –pädagogik.

Beispielhaft für den gegenwärtigen gesellschaftlichen Diskurs – in den auch die evangelische Kirche ihre Stimme einzubringen hat – seien genannt:

- die Verbindung von Gerechtigkeit und Frieden,
- das Verständnis von Sicherheit,
- das Verhältnis von globalen und nationalen Interessen,
- das Konzept der Schutzverantwortung und seine Umsetzung sowie
- die Frage, wie der Vorrang des Zivilen gestaltet werden kann.

Einige der aktuellen Herausforderungen werden im folgenden Abschnitt näher beschrieben.

B) Notwendigkeiten und aktuelle Herausforderungen

B 1. Die Entwicklung der letzten 20 Jahren in Deutschland, Europa und der Welt

Die Konzeption konzentriert den Blick bei den aktuellen Herausforderungen für friedensethische und friedenspädagogische Bildung auf drei Punkte:

Die komplexe Konfliktlage weltweit :

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikt ist es nicht zur erhofften Abrüstung und zu einer Besinnung auf die Mittel der zivilen Konfliktbearbeitung gekommen. Vielmehr sind nach dem Heidelberger Konfliktbarometer³⁾ für das Jahr 2011 weltweit 38 größere bewaffnete Konflikte bzw. Kriege und eine Zahl von 148 gewaltsamen Auseinandersetzungen sowie 87 nicht gewaltsame Krisen zu verzeichnen. Im Langzeittrend betrachtet steigt die Zahl der Krisen und Gewaltkonflikte seit 1990 kontinuierlich an. Die Konfliktursachen, -inhalte und -verläufe sind multikomplex, so dass auch die Mitte der 90'ger Jahre entwickelten Konzepte der „ethnopolitischen Konflikte“⁴⁾ oder der „Neuen Kriege“⁵⁾ zur Beschreibung der Konflikte weiter zu entwickeln sind. Überwiegend werden die Konflikte innerstaatlich ausgetragen wobei die globale Verflechtung und regionalpolitische Einbettung oftmals wichtige Einflussfaktoren sind. In die Konflikte sind staatliche und nichtstaatliche Akteure bis hin zu terroristischen Gruppen oder Einzeltätern involviert. Die Grenzen zur Zivilbevölkerung sind daher oft fließend und Zivilisten sind in einem erschreckenden Maß von den Auswirkungen direkt betroffen.

Die Rolle Deutschlands in der internationalen Politik und die aktuellen gesellschaftlichen Debatten hierzu:

Der mit der Wiedervereinigung gewachsene deutsche Staat sieht sich aktuell in zunehmender internationaler politischer Verantwortung und ist vor dem Hintergrund seiner exportorientierten Wirtschaft mit geopolitischen Interessen international politisch präsent. Staatliches Agieren ist dabei eng in Partnerschaften und Netzwerke (NATO, G8, EU...) eingebunden. Das deutsche Engagement umfasst dabei sowohl den zivilen als auch den militärischen Bereich.

Die Bundeswehr ist aktuell in 13 Einsätzen weltweit aktiv. Seit geraumer Zeit erfolgt der Umbau der Bundeswehr von einer auf die nationalen staatlichen Grenzen beschränkte Verteidigungsarmee hin zu einer technisch hochgerüsteten Berufsarmee im dauerhaften weltweiten Einsatz. Dies belegen auch die Neufassung der verteidigungspolitischen Richtlinien und die Überarbeitung des „Weißbuches zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“. Die Diskussion zum Einsatz der Bundeswehr für deutsche wirtschaftliche Interessen sorgte für den Rücktritt eines Bundespräsidenten. Neben der Frage der Legitimation einer jeden konkreten militärischen Auslandsintervention ergeben sich hieraus für die deutsche Gesellschaft vollkommen neue bzw. erstmals seit vielen Jahrzehnten wieder gestellte Fragen:

- nach der Funktionsbestimmung der Bundeswehr,
- nach dem Berufsbild des Soldaten,
- nach dem Einsatz der Bundeswehr im Ausland,
- nach der Konstruktion von Feindbildern,
- nach dem Umgang mit Opfern (sowohl mit Soldaten, als auch mit getöteten Zivilisten)
- nach dem Umgang mit Traumatisierten und
- nach öffentlichen Ehrungen für Soldaten.

Ebenso werden die Rolle Deutschlands als drittgrößter Rüstungsexporteur sowie die immensen Kosten für den Umbau der Bundeswehr und deren Einsätze angesichts überschuldeter staatlicher Haushalte in der Gesellschaft diskutiert.

Nach Aussetzung der Wehrpflicht intensiviert die Bundeswehr ihre Aktivitäten im Rahmen der politischen Bildung (Arbeit der Jugendoffiziere) mit dem Ziel der Legitimation der gegenwärtigen Sicherheitspolitik sowie durch Wehrdienstberatung und intensive Werbung zur Gewinnung von Freiwilligen (Motto: „Bundeswehr – Karriere mit Zukunft“).

Unausgeschöpfte Potentiale der Zivilen Konfliktbearbeitung sowie die Notwendigkeit der friedensethischen Diskussion:

Zugleich mit den beschriebenen Herausforderungen haben sich fundierte Ansätze und Konzepte der zivilen Konfliktbearbeitung sowohl für den internationalen Einsatz (www.ziviler-friedensdienst.org, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) als auch die lokale Arbeit in den Konfliktländern entwickelt. In den weltweiten Analysen und Übersichten von z.B. SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute), AKUF (Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung der Uni Hamburg) oder dem Heidelberger Institut für internationale Konfliktforschung werden deren jeweilige

Anwendung und Wirkung abgebildet. Als positives Beispiel für staatliches Handeln ist auf den „Aktionsplan zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ der Bundesregierung aus dem Jahr 2004 zu verweisen, der auch auf EU-Ebene als beispielhaft für zivile Friedenspolitik geschätzt wird.

In der öffentlichen Wahrnehmung und politischen Diskussion sind die zivilen Ansätze allerdings kaum bekannt. Sie drohen, unter der Dominanz der „Versicherheitlichung der Politik“ gegenüber dem „Primat des Zivilen“ zurück zu stehen. Explizite friedensethische Bildungsinhalte kommen selten in Lehrplänen und außerschulischen Bildungsangeboten vor.

Seit dem Wegfall der bisher durch jeden jungen Mann zu treffenden Entscheidung zu Wehrdienst oder Kriegsdienstverweigerung – bisher strukturell begleitet durch die Arbeit der Beauftragten für KDV in den Kirchenkreisen – ist es notwendig, nach neuen Wegen zu suchen, wie das Gespräch mit jungen Menschen zu friedensethischen Fragen in inhaltlich und methodisch angemessener Weise gesucht werden kann.

B 2. Zur Situation Jugendlicher heute

Einerseits wachsen Jugendliche in Deutschland in einem Umfeld auf, das weit entfernt ist von tatsächlich erlebtem Leid durch kriegerische Auseinandersetzungen. Manche erinnern sich noch an die Kriege auf dem Balkan, die Erinnerungskultur an den 2. Weltkrieg ändert sich jedoch gerade grundlegend, da mittlerweile nur noch wenige Zeitzeugen leben. Die unmittelbare Begegnung mit Menschen, die seine Schrecken erlebt haben, wird bald nicht mehr möglich sein.

Andererseits betrachten große Teile der Gesellschaft die zunehmende Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Einsätzen als selbstverständlich.

Den Wert einer demokratisch organisierten Gesellschaft, die nicht durch Krieg bedroht ist, können die Jugendlichen, die in Deutschland aufgewachsen sind, nicht durch den persönlichen und direkten Vergleich erleben. Sie haben das Glück in Zeiten des Friedens aufzuwachsen und in einer Gesellschaft, die in hohem Maße die individuelle Entwicklung des Einzelnen zulässt. In den letzten Jahrzehnten haben sich demokratische oder konsensorientierte Entscheidungsgremien in fast allen Lebensbereiche als Norm etabliert.

Jugendliche, die aus Kriegs- und Krisengebieten nach Deutschland kamen, wurden dagegen oft selbst Zeuge von Gewalt und müssen mit diesen Erfahrungen umgehen lernen in einem Umfeld, das auf gewaltfreie Konfliktbearbeitung Wert legt.

Die Gesellschaft stellt damit hohe Ansprüche an die Jugendlichen bezüglich ihres demokratischen Verständnisses und Verhaltens. Sie traut Jugendlichen mehr und mehr zu, dass sie sich schon frühzeitig an demokratischen Entscheidungsprozessen beteiligen. Das ist positiv. Gesellschaftliche Einrichtungen - insbesondere die Schulen - müssen Räume bieten, in denen demokratisches Verhalten und demokratische Entscheidungsfindungsprozesse praktisch eingeübt werden können. Erwartet wird von Jugendlichen, dass sie Konflikte innerhalb ihrer Altersgruppe friedlich und konsensorientiert oder zumindest über Mehrheitsentscheid lösen. Das Finden dieser konsensorientierten Lösungen für Konflikte ist aber keine Selbstverständlichkeit. Es muss erlernt werden.

Gleichzeitig nehmen Jugendliche mitunter Defizite bei der Umsetzung der demokratisch organisierten staatlichen Struktur an den Schulen wahr. Die Schulgesetze der Bundesländer Sachsen-Anhalts und Thüringen haben z.B. die Gesamtkonferenz als wichtiges und höchstes Entscheidungsgremium definiert und festgelegt, welche Entscheidungen in diesem Gremium gefasst werden müssen. De facto kann dieses Gremium aber gegen den Willen des Schulleiters kaum eine Entscheidung durchsetzen. Schüler und Schülerinnen können das leicht als Missachtung des demokratischen Verfahrens erleben.

Auch in Kirchengemeinden ist die Mitarbeit Jugendlicher gewollt und gewünscht, aber im Konfliktfall fühlen sich die Jugendlichen mit ihren Ansichten nicht immer ausreichend gewürdigt.

Die Erfahrungen, die Jugendliche in ihrem Lebensumfeld machen, haben auch Auswirkungen auf ihre Einstellung zu internationalen Konflikten. Jugendliche, die in Deutschland aufgewachsen sind, haben keine Erfahrungen mit Konflikten, die die Lebensgrundlagen, den Lebensstandard oder sogar das Leben an sich bedrohen. Wenn sie aber erleben, dass z.B. in der Schule demokratische oder konsensbasierte Konfliktlösungsstrategien schwer umzusetzen sind, fällt es ihnen nicht leicht, sich

vorstellen, dass zivile Konfliktbearbeitung in Krisenregionen möglich ist. Für Jugendliche, die aus solchen Regionen nach Deutschland gekommen sind, gilt das in verstärktem Maße.

Seit einigen Jahren kommen Jugendliche wieder direkt mit Angehörigen der Bundeswehr in Berührung, die an den Folgen von kriegerischen Auseinandersetzungen leiden. Allein im Jahr 2010 sind - nach Zahlen der Bundeswehr – über 900 Soldaten aus Auslandseinsätzen mit posttraumatischen Belastungsstörungen zurückgekehrt. Ein erheblicher Anteil der Soldaten, die im Auslandseinsatz waren, kommt aus den östlichen Bundesländern. Aufgrund dieser Zahlen ist anzunehmen, dass nicht wenige Kinder und Jugendliche im Familien- und Bekanntenkreis mit den aktuellen Folgen der Auslandseinsätze der Bundeswehr in Berührung kommen.

Die Jugendlichen machen - auch in Deutschland - ganz persönliche Erfahrung mit Ohnmachts- und Gewaltsituationen. Laut Shell-Studie 2010 waren mehr als 23 % der befragten Jugendlichen innerhalb von 12 Monaten in körperliche Auseinandersetzungen verwickelt.

So erleben Jugendliche eine Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit in Bezug auf friedensethische Vorstellungen und den konkreten Umgang mit Konflikten im Nahbereich und in der internationalen Politik:

- zwischen 70 Jahren Frieden in Deutschland und Soldaten mit Kriegserfahrung,
- zwischen dem Anspruch des gewaltfreien Zusammenlebens und tatsächlicher Gewalterfahrung,
- zwischen dem Anspruch der internationalen Friedenspolitik und den wirtschaftlichen Interessen (insbesondere der Rüstungsindustrie),
- zwischen dem Anspruch einer demokratischen Gesellschaft und einer mitunter als hierarchisch erlebten Schule.

Es liegt nahe, dass die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit sich auch in den Einschätzungen Jugendlicher hinsichtlich weltweiter Konflikte und Konfliktlösungsmöglichkeiten widerspiegelt. 37% der Jugendlichen halten die Auslandseinsätze der Bundeswehr für sinnvoll (Shell-Studie 2010). Leider wurden sie in der Studie nicht nach den Ansichten oder dem Wissen über zivile Konfliktlösungsstrategien gefragt. Es wird vermutet, dass nur wenige Jugendliche etwas über die Möglichkeiten der zivilen Konfliktbearbeitung wissen.

C) Friedensethische Bildung in Schule und Jugendarbeit

C 1. Kompetenzorientierung

Die schulischen Lehrpläne aller Fächer in Sachsen-Anhalt und Thüringen werden in unterschiedlicher Weise kompetenzorientiert gestaltet. Damit sind sie ausgerichtet auf „die bei Individuen verfügbaren oder durch sie erlernbaren kognitiven Fähigkeiten und Fertigkeiten, um bestimmte Probleme zu lösen, sowie die damit verbundenen motivationalen, volitionalen und sozialen Bereitschaften und Fähigkeiten, um die Problemlösungen in variablen Situationen erfolgreich und verantwortungsvoll nutzen zu können.“ (Franz Emanuel Weinert). 6)

Dieses schulpädagogische Kompetenzverständnis korrespondiert mit dem Verständnis von Bildung in der Denkschrift der EKD „Maße des Menschlichen – Evangelische Perspektiven zur Bildung in der Wissens- und Lerngesellschaft“ (2003). „Die evangelische Kirche versteht Bildung als Zusammenhang von Lernen, Wissen, Können, Wertebewusstsein, Haltungen (Einstellungen) und Handlungsfähigkeit im Horizont sinnstiftender Deutungen“ (S. 66).

Friedensethische Bildungsarbeit in Schule und außerschulischer Jugendarbeit kann sich an diesen Vorgaben orientieren und folgende Kompetenzen fördern:

- Jugendliche verfügen über Informationen zu unterschiedlichen Formen der Konfliktbearbeitung – militärisch –zivil (Sachkompetenz, Medienkompetenz).
- Sie haben Erfahrungen in Formen der Konfliktbearbeitung in ihrem Erfahrungsfeld.
- Sie können diese Informationen nutzen, um eine begründete Position zu beziehen (Selbstkompetenz).
- Sie können die Grenzen dieser Position erkennen und im Dialog mit anderen Positionen zur

Sprache bringen (Sozialkompetenz).

- Sie können die Unabgeschlossenheit jeder friedensethischen Position, auch der eigenen, ertragen (Ambiguitätstoleranz) und sind dennoch motiviert, an einer Weiterentwicklung und Präzisierung ihrer Position zu arbeiten.
- Sie sind motiviert und in der Lage, aus ihren Erkenntnissen Handlungsschritte abzuleiten, sie nutzen Handlungsspielräume (Handlungskompetenz).

Diese Kompetenzen friedensethischer Bildung werden in schulischer und nicht-schulischer Bildungsarbeit in unterschiedlichem Maße und in unterschiedlicher Weise gefördert. Die außerschulische Bildungsarbeit setzt Schwerpunkte im Bereich der Handlungskompetenzen. In der schulischen Bildungsarbeit wird dieser Aspekt gewichtet und in Projektarbeit delegiert. Projektarbeit verlangt ein hohes Maß an Eigenverantwortung für Lernwege und –prozesse. Dies kommt dem häufig partizipatorischen Ansatz der außerschulischen Jugendarbeit entgegen, sollte aber auch an Schulen intensiver praktiziert werden. In den Evangel. Schulen gehört reformpädagogische Projektarbeit zu jedem Schulprogramm. Der Kompetenzansatz ermöglicht friedensethische Arbeit einerseits in Unterrichtsfächern und ihren durch die Lehrpläne vorgegebenen Themen wie „Wege zum Frieden“ (Sozialkunde Klasse 9 / 10 in Thüringen). Andererseits zielen Querschnittsthemen wie „Gewaltfreiheit, Toleranz, Frieden“ in Thüringen und das in beiden Bundesländern geförderte Globale Lernen unter dem Stichwort der Nachhaltigkeit auf fächerverbindendes und fächerübergreifendes Lehren und Lernen. Auf eine Gesellschaft in Frieden und Gerechtigkeit heben auch die Landesverfassungen und Schulgesetze des Freistaats Thüringen und Sachsen-Anhalts ab.

C 2. Themenfelder friedensethischer Bildungsarbeit

Die Themenfelder friedensethischer Bildungsarbeit sind vielfältig. Im zwischenmenschlichen Bereich sind dabei u.a. die gewaltfreie Kommunikation, Demokratieerziehung oder Modelle der Streitschlichtung im Blick. Bei der hier vorgelegten Konzeption liegt der Akzent auf dem friedenspolitischen Bereich, unter Beachtung der Tatsache, dass die individuelle und die gesellschaftliche Ebene zusammen gehören.

- Analysen gegenwärtiger politischer Konflikte – individuell, lokal und global Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung kennenlernen (u.a. durch Begegnung mit Friedensfachkräften des Bundesprogramms für den Zivilen Friedensdienst)
- bisherige Militärgeschichte – kritische Geschichtsschreibung, Einbindung in Militärblöcke
- Friedensethische Ansätze – biblisch-theologische Reflexionen, der Blick auf andere Religionen und humanistische Positionen
- Lehre vom gerechten Krieg / Lehre vom gerechten Frieden – eigene Positionen zu Krieg und Frieden gewinnen
- Diskussion sicherheitspolitischer Grundbegriffe wie z.B. „nationale Interessen“, „Schutzverantwortung“ oder „vernetzte / menschliche Sicherheit“ – ein weites und kritisches Verständnis von Sicherheit erwerben (siehe Friedensdenkschrift der Rates der EKD S. 118 - 125).
- Analyse von Entscheidungsproblematiken – (vermeintliche) Dilemmata zwischen Menschenrechten, Pazifismus, Schutzverantwortung bearbeiten
- Medien zu Konflikten und Kriegen – Einübung in kritische Medienanalyse
- Im Kontext der Reformationsdekade bieten sich als Schwerpunktthemen „Reformation und Toleranz“ (2013), „Reformation und Politik“ (2014) und „Reformation und Eine Welt“ (2016) an.

C 3. besondere Lernorte

Kriegerdenkmäler in- und außerhalb von Kirchen
Gedenk- und Erinnerungsstätten
Mahnmale in der Region

Eine Übersicht zu Lernorten in Sachsen-Anhalt und Thüringen ist der Konzeption beigelegt.

C 4. Akteure friedensethischer Bildungsarbeit

Friedensethische Bildungsarbeit wird bereits jetzt von Referent/innen der schulnahen und außerschulischen Jugendarbeit geleistet, von Gemeindepädagog/innen und Pfarrer/innen. Sie alle brauchen eine entsprechende Fortbildung und Begleitung, um den hohen Anforderungen ethischer Bildung zwischen deutlicher Positionierung und striktem Überwältigungsverbot gerecht zu werden (dies geschieht z.B. im Kinder- und Jugendpfarramt und/oder im PTI).

Im Bereich der schulischen friedensethischen Bildung ist es sinnvoll, Angebote zur Förderung und Fortbildung für das pädagogische Personal zu machen. Dabei sollten nicht nur, aber besonders die Religions- und Ethiklehrkräfte im Blick sein. Auch dies geschieht im PTI und dem Kinder- und Jugendpfarramt, u.a. in Kooperation mit dem Friedensbeauftragten der EKM und dem Friedenskreis Halle, sollte aber ausgeweitet werden.

Für beide Bereiche – schulische und außerschulische Arbeit – sind externe Referent/innen von besonderer Bedeutung, die dem eindeutigen Vorrang gewaltfreier Konfliktbearbeitung Geltung verschaffen. Es sind dies z.B. Friedensfachkräfte oder Freiwillige, die Jugendlichen von ihrem gewaltfreien Engagement berichten und die Jugendlichen zu eigener Positionierung motivieren können.

Eine Zusammenarbeit mit dem Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM), dem Eine Welt Netzwerk in Thüringen, dem Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung (LISA) in Sachsen-Anhalt sowie dem EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt e.V. besteht bereits und ist ausbaufähig.

Der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V. hat am 5.11.2011, der Landesjugendring Thüringen e.V. am 19.11.2011 beschlossen, das Kultusministerium bzw. das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur aufzufordern, für die Beschäftigung mit friedensethischen und sicherheitspolitischen Fragestellungen Fachkräfte von Friedens- und Entwicklungsdiensten zu berufen.

D) Ziele, Inhalte und Grundsätze von Friedensbildung

Der jüdisch-christlichen Überlieferung verdanken wir nicht nur allgemeine Visionen des Friedens, sondern auch konkrete Anweisungen zum Frieden stiftenden Verhalten. Friede und Versöhnung sind außerdem nicht nur Gegenstand der Verheißung und Hoffnung in einem zukünftigen Reich Gottes, sondern verpflichtende Aufgaben in der Gegenwart. Im Neuen Testament bezeugt und lebt Jesus von Nazareth Gottes Friedenswillen im Alltag seiner Zeit. Die christlichen Kirchen haben diese Praxis fortzusetzen.

Christliche Friedenspädagogik ist ihrem Begriff nach eine zusammengesetzte Größe. Sie gründet in pädagogischen Zielvorstellungen und Wegen, die direkt aus theologischen Grundlagen abgeleitet werden (Bergpredigt). Sie umschließt allgemeine moralische Überzeugungen und pädagogische Einsichten, die nicht spezifisch christlich sind, aber theologisch unterstützt werden können und sollten. Schließlich umfasst sie z. B. Streitschlichterprogramme, die auf dem Gedanken der "Mediation" beruhen, zu Verfahren, die schon im Alten und Neuen Testament analoge Vorbilder haben, wie etwa Abraham als Vermittler zwischen Gott und den Städten Sodom und Gomorra. 7)

Im Mittelpunkt christlicher Friedenspädagogik steht:

- Der Aufbau vertrauensvoller und angstfreier Beziehungen
- Die Anwendung Gewalt vermeidender Handlungsalternativen
- Die Feindesliebe als Mitte des christlichen Friedensethos

Um von Seiten der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland auf die beschriebenen aktuellen Herausforderungen zu reagieren, bedarf es zusätzlicher Impulse in Schule und Erziehung, politischer Bildung und Gewissensbildung durch unterschiedliche Akteure mit denen die Kirche zusammenarbeitet. Dabei ist wichtig, dass im Feld von Friedensbildung und –pädagogik die christliche

Perspektive eine Stimme bekommt. Gegründet in den unter Kapitel A dargelegten biblisch-theologischen Erkenntnissen lassen sich die Ziele eines verstärkten friedensethischen Engagements unserer Kirche so zusammenfassen:

die zivile Konfliktbearbeitung als vorrangige Aufgabe auf dem Weg zu einem gerechten Frieden wahrnehmen (Friedensdenkschrift des Rates der EKD, Abschnitt 170);

die Erfahrungen von friedenspolitisch aktiven Akteuren wahrnehmen und den Blick schärfen für die vielfältigen Möglichkeiten der gewaltfreien Konfliktbearbeitung.

Auch mit folgenden von der Berghof Foundation und der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung benannten Ziele und Inhalte besteht Übereinstimmung:

- Überwindung des Kriegsdenkens und der Rechtfertigung von Kriegen;
- Sensibilisierung gegen Gewalt;
- Vertrauen in die Fähigkeit und Bereitschaft demokratischer Gruppen, Konflikte gewaltfrei auszutragen;
- friedensrelevante Vorgänge und Strukturen durch erhöhten Informationsstand transparent machen;
- kritische Rationalität bei der Meinungsbildung erhöhen;
- Motivationen und Interessenlagen von Konfliktpartnern erkennen;
- Stereotypen und Vorurteile abbauen;
- Konfliktfähigkeit erwerben und Methoden friedensfördernder Konfliktaustragung einüben;
- Engagement in der praktischen Arbeit für den Frieden fördern.

Die Jugendoffiziere der Bundeswehr, die u.a. in Schulen die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik darstellen, sollen nicht als einzige Stimme zu friedensethischen Themen gehört werden. Der Beutelsbacher Konsens ⁸⁾ - in dem Grundsätze der politischen Bildung festgelegt sind – betont, dass Themen, die in der Gesellschaft strittig sind, auch mit unterschiedlichen Akzentsetzungen in der Bildungsarbeit vorzustellen sind. Für die Umsetzung des Kontroversitätsgebots wird den Lehrkräften in Schulen und den Verantwortlichen der Jugendarbeit dieses Angebot gemacht, das den stärkeren Einsatz von kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Träger von Friedensbildung ermöglicht.

Referentinnen und Referenten, die im Auftrag von kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Trägern in der friedensethischen Bildungsarbeit tätig sind, vertreten eine deutlich erkennbare Position. Dabei sind sie durch die Grundrechte auf Meinungsfreiheit und die Freiheit des Gewissens geschützt.

Um die Schülerinnen und Schüler, die Kinder und Jugendlichen auf dem Weg zur Gewissensbildung und selbständigen Urteilsfähigkeit zu begleiten, ist es das vorrangige Anliegen, die persönliche Aneignung von Inhalten sowie die Freiheit des Denkens und der Meinung zu ermöglichen. Bildung und Erziehung haben die mündige Persönlichkeit zum Ziel. Daher ist es unabdingbar, auch den Prozess der friedensethischen Bildung in einer kommunikativen und konstruktiven Form zu gestalten, der seine Inhalte und Ziele transparent macht, kritischen Nachfragen aufgeschlossen gegenüber tritt und sich von allen Formen der Indoktrination und Suggestion enthält. Schuldgefühle und schlechtes Gewissen sind keine Instrumente der Bildungsarbeit (siehe auch Zitat von R. Mokrosch) ⁹⁾

Dabei muss bedacht werden, dass oft soziale Interaktionserfahrungen, die den christlichen Grundsätzen von Feindesliebe und Vergebung widersprechen, die Denkformen (mit)prägen, und bloße Belehrungen in Schule und Gemeinde nicht erfolgversprechend sind. Wirksamer sind alternative Sozialisationserfahrungen in Gestalt der nachhaltigen Begegnung oder des zumindest zeitweiligen Zusammenlebens mit anderen Menschen, seien sie Ausländer, Fremde oder Andersgläubige. Ein entscheidender Faktor ist in diesem Kontext das fremdenfreundliche oder -feindliche, religiös tolerante oder intolerante Gesamtklima einer Gesellschaft (vgl. Nipkow).

Trotzdem ist es notwendig, das Gewissen als innere Instanz zu thematisieren. Die Gewissensbildung umfasst ethisch-moralisches Wissen wie auch das Wecken der Gewissensempfindlichkeit und die Wahrnehmung emotionaler Betroffenheit. Zum Schutz der Gewissensfreiheit ist die Unterscheidung von Gewissens- und Ermessensfragen wichtig. Das Gewissen steht sowohl der Gesinnungs- als auch der Verantwortungsethik als Korrektiv und kritische Instanz gegenüber. Es bindet die Freiheit des Denkens und der Meinung in eine globale und soziale Perspektive ein.

Bei allen Bemühungen, in der friedensethischen Bildungs- und Erziehungsarbeit zu einer gewaltfreien und konstruktiven Konfliktkultur hinzuführen bleibt der Vorbehalt des Überwältigungsverbots. Nach dem Beutelsbacher Konsens ist es nicht erlaubt, die Teilnehmer im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern. Gewissensbildung

vollzieht sich als personales Geschehen in einer ständigen Wechselwirkung zwischen individueller Disposition und sozialer Situation. Sie kann daher nur gestärkt und begleitet, aber nicht anerzogen werden. Die Erziehung zur Mündigkeit und zur kritisch-unterscheidenden Urteilskraft ist eine wichtige Voraussetzung der Gewissensbildung und -schärfung.

E) Empfehlungen und Handlungsoptionen

Zur Umsetzung der Konzeption werden folgende Schritte empfohlen:

- 1) Stärkung der vorhandenen Ressourcen und Strukturen durch Kooperation von Partnern innerhalb und außerhalb der EKM. Beispielhaft sein genannt:

- Pädagogisch-Theologisches Institut
- Evangelische Akademien
- Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrum
- Evangelische Schulstiftung
- Schulbeauftragte
- Bund Evangelischer Jugend in Mitteldeutschland
- Bildungskammer
- Evangelisches Schulwerk
- Beauftragte bei den Landesregierungen und für die Reformationsdekade
- Beauftragte für Frieden in den Kirchenkreisen
- Absolventen des Grundkurses „Friedenserziehung“
- Projekt „Friedensbildung, Bundeswehr und Schule“ von EAK und AGDF
- Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD
- Evangelischer Entwicklungsdienst
- Thillm und LISA
- Eine-Welt-Netzwerke und andere Gruppen und Initiativen in der Region

Durch Multiplikatorenschulungen und Informationsveranstaltungen werden Mitarbeitende im pädagogischen Bereich auf die Angebote zum friedensethischen Diskurs und auf die Möglichkeiten der zivilen gewaltfreien Konfliktbearbeitung aufmerksam gemacht und ReferentInnen für den Einsatz zu aktuellen friedensethischen Fragen in Schule und Jugendarbeit vorbereitet.

- 2) Ein Internetauftritt auf den Seiten der EKM fasst die Informationen zusammen und wird ständig aktualisiert (www.friedensbildung-ekm.de). Die homepage soll anlässlich der Startveranstaltung (siehe 3) im Herbst 2013 freigeschaltet werden. Zudem wird eine Arbeitshilfe (Ringbuch) für Lehrerinnen und Lehrer und Mitarbeitende der Gemeinden erstellt. Internetseite und Ringbuch enthalten:

- einleitende Überlegungen (Konzeption)
- Materialliste
 - u.a. Unterrichtsmodule für Friedensethik in Schulen, Material für die Arbeit mit Kindern und Konfirmanden u. ein Planspiel
- Referentenpool
- Lernorte der Region

- 3) Vorstellung der Vorhaben zu „Friedensethik in Schule, Gemeinde und Jugendarbeit“ mit zwei gemeinsamen Startveranstaltungen von PTI und Akademie Wittenberg in Magdeburg und Erfurt im Herbst 2013.

Weitere geplante Veranstaltungen:

- Forum des Dezernats Bildung zum Thema „Friedensethik“ im Frühjahr 2014
- Lehrer/innen-Fortbildung in Drübeck
- Kongress der Ev. Schulstiftung

- 4) Neben der Stärkung der eigenen Ressourcen (siehe 1) werden Drittmittel für Bildungsreferenten beantragt. (siehe konkrete Überlegungen dazu im Anhang). 10)

- 5) Auch wenn diese Konzeption den Akzent auf die gesellschaftliche Dimension der Konfliktbearbeitung legt, soll an dieser Stelle noch auf die Bedeutung der verschiedenen Angebote zur konstruktiven Konfliktbearbeitung im persönlichen Bereich (auch bereits in Kindergarten und Grundschule) hingewiesen werden. Programme wie „Streitschlichter“ oder „Hauen ist doof“ sind eine gute Basis zum Verständnis auch der friedens- und sicherheitspolitischen Fragestellungen.

1) Mitglieder der AG „Friedensethik“:

KRin Barbara Killat (Landeskirchenamt, Dezernat Gemeinde)
KR Dr. Klaus Ziller (Landeskirchenamt, Dezernat Bildung)
PD Dr. Matthias Hahn (Direktor des PTI)
Dr. Hanne Leewe (PTI Neudietendorf)
Sören Brenner (Schulbeauftragter Halle)
Stefan Brüne-Wonner (Referent für schulbezogene Kinder- und Jugendarbeit
im Kinder- und Jugendpfarramt der EKM)
Micha Hofmann (Vorstand des bejm)
Friedrich Kramer (Akademiedirektor Wittenberg)
Johannes Neudeck (Beauftragter für Friedens- und Versöhnungsarbeit der
Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens)
Christian Krams (ESG Magdeburg)
Michael Bergmann (Landesjugendkonvent EKM)
Christof Starke (Friedenskreis Halle e.V.)
Wolfgang Geffe (Beauftragter für Friedensarbeit der EKM, Lothar-Kreyssig-
Ökumenezentrum)

Die Arbeitsgruppe hatte ihre Grundlage im Beschluss der Landessynode der EKM vom 19. März 2011 (DS 9.2./2 B).

Da es in der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen einen vergleichbaren Beschluss der Landessynode gibt, erfolgte die Arbeit unter regelmäßiger Mitwirkung der EVLKS. Dies ermöglichte eine gegenseitige Beförderung von Ideen und einen sinnvollen Austausch von Materialien.

- 2) Diese Ausführungen beziehen sich auf ein Referat von Prof. Dr. Haspel zu den systematisch-theologischen Grundlagen der Friedenspädagogik am 23.11.2011 im Rahmen eines Arbeitstreffens der AG „Friedensethik“.
- 3) Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIIK) analysiert seit 1992 jährlich das globale Konfliktgeschehen. <http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/>
- 4) Nähere Informationen zu ethnopolitischen Konflikten u.a. bei der Bundeszentrale für politische Bildung:
<http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54504/ethnopolitische-konflikte>
- 5) Zum Konzept der neuen Kriege siehe u.a.:
http://www.staff.uni-marburg.de/~vonbredo/pdf/SE-Europaeische-Sicherheit_22Okt2007-2.pdf
- 6) F.E. Weinert „Vergleichende Leistungsmessungen in Schulen“ Beltz Verlag
Weinheim / Basel 2001
- 7) Karl Ernst Nipkow: Christliche Friedenspädagogik, in: Loccumer Pelikan 1/2010, 7 – 10
- 8) Im Beutelsbacher Konsens sind Grundsätze der politischen Bildung festgelegt. Die drei Grundprinzipien sind: Überwältigungsverbot, Gebot der Kontroversität und das Prinzip der Schülerorientierung. Ausführlicher unter: <http://www.lpb-bw.de/beutelsbacher-konsens.html>

- 9) „Eine protestantisch orientierte Gewissenserziehung setzt sich nicht die Schärfung einer Normeninstanz bzw. die Entwicklung einer moralischen Anlage, sondern eine Befreiung und Identitätsfindung der Gesamtperson zum Ziel.“ (Reinhold Mokrosch)

zitiert aus dem Aufsatz „Erwägungen zum Gewissen – ein Plädoyer aus praktisch-theologischer Perspektive“ von OLKR Dr. Christoph Münchow , veröffentlicht im Amtsblatt der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens 22/2009

- 10) Aufgaben der Bildungsreferenten:
- Erstellung von Unterrichtsmodulen zur Friedensethik,
 - Einsatz in Schulen, Jugendeinrichtungen, Gemeinden,
 - Begleitung und Koordinierung des Referentenpools,
 - Aktualisierung von Materialliste und Internetportal,
 - aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen um Frieden und Gerechtigkeit berücksichtigen,
 - kontinuierliche Erreichbarkeit gewährleisten.

Im Dezember 2012 erfolgte beim Friedenskreis Halle e.V. (als Mitgliedsorganisation der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden –AGDF) die Anstellung einer aus dem Auslandseinsatz zurückgekehrten Friedensfachkraft im Rahmen des best-practice-Projektes der Konferenz für Friedensarbeit „zivil statt militärisch“. Diese Stelle wird zu 80% vom Ev. Entwicklungsdienst (eed) und zu 20% von der Ev. Arbeitsgemeinschaft Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) gefördert.

Wenn eine Verlängerung der Anstellung über Mai 2014 hinaus erfolgen sollte, wäre eine anteilige Finanzierung der EKM in Höhe von ca. 15.000 Euro nötig.

Die Bedeutung einer Stärkung der personellen Ressourcen für die Friedensbildung, wird u.a. im Blick auf 8 Jugendoffiziere der Bundeswehr im Gebiet der EKM deutlich (laut Jahresbericht 2011 der Jugendoffiziere wurden bundesweit ca. 4.200 Veranstaltungen mit Schulen durchgeführt und dabei ca. 90.000 Schülerinnen und Schüler erreicht).

Anträge auf Bildungsreferentenstellen, die komplett durch Drittmittel finanziert werden, sollen gestellt werden im Rahmen der Reformations-Dekade da die Jahresthemen 2013 Toleranz, 2014 Politik und 2016 Eine Welt einen unmittelbaren Bezug zur Friedensethik haben.

Eine Bildungsreferentenstelle wird auch beantragt über die Programme zur politischen Jugendbildung (Landesmittel, Antragstellung über den bejm / EKJB 2014).